Abgeordnetenhaus BERLIN

Drucksache 18 / 13 119
Schriftliche Anfrage

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Kay Nerstheimer (fraktionslos)

vom 09. Januar 2018 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 12. Januar 2018)

zum Thema:
Erfassung der Anzahl der osteuropäischen Pädagogen mit Wohnsitz in Berlin

und **Antwort** vom 24. Januar 2018 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 30. Jan. 2018)

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses sind bei der Kulturbuch-Verlag GmbH zu beziehen.
Hausanschrift: Sprosserweg 3, 12351 Berlin-Buckow · Postanschrift: Postfach 47 04 49, 12313 Berlin, Telefon: 6 61 84 84; Telefax: 6 61 78 28.

Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Familie

Herrn Abgeordneten Kay Nerstheimer (fraktionslos)

über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/13119
vom 09. Januar 2018
über Erfassung der Anzahl der osteuropäischen Pädagogen mit Wohnsitz in Berlin

---

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung:
Da die Fragen nicht nummeriert sind, wird im Nachfolgenden den Antworten die entsprechende Frage vorangestellt:

Frage: Ist dem Senat bekannt, wie viele osteuropäische Pädagogen in Berlin wohnen?

Antwort: Dem Senat ist nicht bekannt, wie viele osteuropäische Pädagoginnen und Pädagogen in Berlin wohnen. Die Berufsbezeichnung „Pädagogen“ ist zu undefiniert, um auch nur eine Schätzung zu ermöglichen.

Frage: Wäre es nicht sinnvoll, diese zu erfassen? Es sind Lehrer, die aus Ländern kommen, die in der PISA-Studie immer vor der BRD rangieren. Demnach kann diese Ausbildung ja nicht so schlecht sein.

Es handelt sich hier um Diplom-Pädagogen, die ihren Beruf, seitens der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, nicht ausüben dürfen, da sie an der einen oder anderen bürokratischen Hürde scheitern. Mir ist ein Fall bekannt, wo eine russische Lehrerin jetzt "als Kellnerin arbeitet", weil sie durch den Bürokratiesumpf des Landes Brandenburg aufgegeben hat.

Antwort: Die Aussage, dass osteuropäische Länder in der PISA-Studie immer vor der BRD rangieren, trifft in Hinsicht auf das Baltikum und Polen zu. Die Gründe hierfür sind nicht hinreichend erforscht, sicherlich sind sie keineswegs allein in der Lehrkräftebildung zu suchen. Warum Pädagoginnen und Pädagogen in Berlin nicht als Lehrkräfte tätig sein können, kann nicht pauschal beantwortet werden, da die Anerkennungsverfahren stets als Einzelfallprüfung verlaufen.

Eine pauschale Erfassung osteuropäischer Pädagoginnen und Pädagogen ist schon aus dem oben dargestellten Grund nicht möglich. Sie wäre auch nicht zielführend, da nicht alle des genannten Personenkreises auch einen pädagogischen Beruf ausüben wollen. Personen mit pädagogischer Ausbildung können auch vom Ausland aus einen Antrag auf Anerkennung in Berlin stellen.

Frage: Wäre es nicht sinnvoll, diese Pädagogen, die zum Teil schon seit Jahren in unserer Stadt leben, bei dem Erwerb von geforderten Abschlüssen zu unterstützen? Ähnlich wie es die Anpassungslehrgänge für die Quereinsteiger ermöglichen? Der Aufwand wäre sicher geringer, als Nichtpädagogen zu Lehrern schnell zu besohlen.

Antwort: Grundsätzlich geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern, denen zur Gleichstellung für ein Lehramt noch Qualifikationen fehlen, werden in einem Prüfverfahren Auflagen zur Anpassung entweder über Studien an der Universität oder durch Absolvieren eines Anpassungslehrgangs im Bereich der Lehrkräftebildung der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie erteilt. Sowohl das Studium an der Universität als auch die Teilnahme am Anpassungslehrgang werden vom Land Berlin angeboten.

Berlin, den 24. Januar 2018

In Vertretung
Mark Rackles
Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Familie